



iran-report

Nr. 12/2007

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Immer tiefere Spaltung im Lager der Islamisten / "Krieg nein, Frieden und Menschenrechte ja" / Gefolgsmann des Präsidenten als neuer Ölminister bestätigt / Ahmadinedschad will Entlassungen in Provinzregierungen anordnen / Studenten protestieren an sechs Universitäten / Frauenrechtlerinnen im Gefängnis / UNO über Menschenrechtsverletzungen in Iran "tief besorgt" / Kurdische Rebellen im Grenzgebiet zum Irak getötet / Todesurteil für kurdischen Journalisten bestätigt / 180 Festnahmen bei Ausschreitungen im westen Irans

II. Wirtschaft

Iran produziert atomares Granulat / Teheran verkündet Bau neuer Mittelstreckenrakete / Ahmadinedschad: Öl zu billig / Keine Erwähnung von Dollar-Schwäche in Erklärung von OPEC-Gipfel / Iran exportiert kein Öl mehr für Dollar / Russland vor Tupolew-Auftrag aus Iran / Iran und Pakistan über Vertrag für Gaspipeline einig / Indien soll Raffinerie-Bau in Iran wegen US-Druck abgesagt haben / USA warnen China vor Blockade neuer Sanktionen gegen Iran / US-Sanktionen gegen Iran blockieren Weltbank-Zahlungen / Deutschland schränkt Hermes-Bürgschaften für Exporte nach Iran drastisch ein / Spiegel: Iran-Boycott könnte Millionen kosten / Türkei plant weitere Energieabkommen / Iran droht ausländischen Konzernen mit Ausschluss

III. Außenpolitik

El Baradei gibt im iranischen Atomstreit keine Entwarnung / Europäer werfen Iran Mangel an Kooperation vor / Berlin bezeichnet IAEA-Bericht als nicht ermutigend / Teherans taktische Winkelzüge / Ahmadinedschad: militärischer Angriff ausgeschlossen / Chavez stellt sich im Atomkonflikt hinter Iran / Sarkozy erhielt Brief von Ahmadinedschad / Teheran fordert Entschuldigung von den USA / USA stimmen Gesprächen mit Iran zu / Positive Äußerungen der US-Militärs im Irak zur Rolle Irans / Kurden und Sunniten im Irak kritisieren iranische "Einmischung" / US-Militärchef schließt Angriff auf Iran nicht aus / Irans Position zur Nahost-Konferenz / Ahmadinedschad und Chavez demonstrieren Einigkeit



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 01/2008 Anfang Januar) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Dezember 2007

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

6. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Immer tiefere Spaltungen im Lager der Islamisten

Der Machtkampf in Iran, der zu immer größeren Spaltungen führt, nimmt allmählich absurde Züge an. Eine neue Eskalation der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen wurde wieder einmal durch Präsident Ahmadinedschad eingeleitet. Bei einem nicht angekündigten Vortrag an der wissenschaftlich-technologischen Universität in Teheran - nur die Anhänger des Präsidenten waren über den Auftritt informiert - sagte er auf den Atomkonflikt Bezug nehmend: „Abgesehen von den Hürden, die uns vom Ausland her gebaut werden, mussten wir auch die Steine wegräumen, die uns im Inland in den Weg gelegt wurden. Ich werde eines Tages diese Machenschaften, die zu den wichtigsten Problemen unserer Geschichte gehören, der Öffentlichkeit mitteilen. Manche Leute bedrängten uns und sagten, es werde bald Krieg geben, das sei ganz sicher. Über verschiedene Kanäle setzten sie die Entscheidungsorgane des Staates unter Druck. Sie gingen sogar soweit, dass sie unsere Feinde im Ausland kontaktierten und sie über unsere Pläne informierten. Wir haben sogar bei einem von diesen Leuten die Telefongespräche abgehört und merkten, wie er sagte: ‚Gebt nicht nach. Warum zögert ihr mit den Sanktionsbeschlüssen? Warum mildert ihr den Ton? Ihr müsst den Druck verstärken, damit die endlich nachgeben.‘ In diesem Zusammenhang haben wir einen von ihnen wegen Spionagetätigkeit festgenommen. Aber seine Freunde setzten den Richter unter Druck, um einen Freispruch zu erlangen. Doch hiermit erkläre ich, das iranische Volk wird niemals zulassen, dass solche Leute und Gruppen auf die Justiz Einfluss nehmen, um den Schuldigen vor einem gerechten Urteil zu bewahren.“

Ahmadinedschad brauchte keinen Namen zu nennen. Jeder wusste, wen er meinte: den früheren Atomunterhändler Hossein Mussavian. Mussavian wurde im Mai dieses Jahres unter Verdacht auf Spionage festgenommen, aber nach einigen Tagen gegen eine hohe Kautionsfreigelassen. Er, der hohe Ämter begleitete und unter anderem für mehrere Jahre als Botschafter in Deutschland tätig war, gehört zum engen Kreis um den ehemaligen Staatspräsidenten Haschemi

Rafsandjani, der als Vorsitzender des Expertenrates sowie Vorsitzender des Schlichtungsrates zu den einflussreichsten und mächtigsten Männern des Gottesstaates zählt. Die Attacke Ahmadinedschads zielte nicht zuletzt auf Rafsandschani, seinen Rivalen bei der Präsidentschaftswahl. „Glaubt ja nicht, dass ein Revolutionär immer Revolutionär bleibt. Ich kenne welche, die inzwischen zweifacher Milliardär geworden sind“, sagte Ahmadinedschad gemünzt auf Rafsandschani, der in der Tat zu den Reichsten im Land gehört.

Der Präsident fuhr fort: „Viele wollten den Eindruck erwecken, als gäbe es zwischen dem Revolutionsführer und dem Präsidenten im Bezug auf unsere Atompolitik Differenzen. Sie schmiedeten Pläne, um diese vermeintlichen Differenzen zu vertiefen. Doch wenn wir beide (er und der Revolutionsführer) uns zusammensetzten und diese Pläne anschauten, hatten wir nichts als Gelächter für ihre Dummheit übrig.“

„Heute versucht der Feind mit einem Druck, der unter die Haut geht, unsere Wirtschaft in Schwierigkeiten zu bringen, um uns zu Kompromissen zu zwingen. Er hat seine Agenten im Inland mobilisiert - darüber habe ich genaue Informationen -, damit sie Staatsgeheimnisse an Fremde weiterleiten. Es gibt regelmäßige Kontakte, bei denen Informationen vermittelt werden.“

Kritiker des Atomprogramms bezeichnete Ahmadinedschad als „Verräter“. Die Regierung werde beizeiten alles aufdecken, sagte er und versicherte, dass Teheran sein Atomprogramm niemals aufgeben werde.

Das war ein Frontalangriff, den die Gegenseite nicht unerwidert lassen konnte. Doch anders als Ahmadinedschad trat Rafsandschani staatsmännisch auf, begleitet vom ehemaligen Chefunterhändler und schärfsten Kritiker der Atompolitik Ahmadinedschads Hassan Rohani und eben von jenen Mussavian, auf den Ahmadinedschad seine Pfeile gerichtet hatte.

„Warum muss es im Vorfeld der Parlamentswahlen solche Attacken und Feindseligkeiten geben“ fragte Rafsandschani. „Jeder, der konstruktive Ideen hat, muss diese öffentlich erläutern. Er darf aber nicht lügen.“ Die Gefahr, die das Land von außen bedrohe, sei ernst zu nehmen. Sie werde sich ver-

stärken, wenn sich Feindseligkeiten breit machten. „Das ist genau das, was unsere Feinde wollen. Auseinandersetzungen über Meinungsverschiedenheiten nutzen weder den Feinden, noch können sie uns schaden. Doch wenn diese in Feindseligkeiten münden, dann ist sicherlich der Teufel am Werk.“ „Heute“, fuhr Rafsandschani fort, mache sich „Dilettantismus bereit und erzeuge grundlose Feindschaften zwischen Fraktionen und Parteien“.

Die Angriffe Ahmadinedschads gegen Mussavian riefen nicht nur zahlreiche Reformer und Moderate Konservative auf den Plan, auch eine ganze Reihe Parlamentsabgeordnete, die eigentlich zu den Anhängern Ahmadinedschads zählen, meldeten sich zu Wort. Der Regierungschef dürfe sich nicht in Angelegenheiten der Justiz einmischen, er dürfe auch nicht jemanden vorverurteilen. Einige Reformer behaupteten sogar, die Regierung versuche die Justiz unter Druck zu setzen, um ein hartes Urteil gegen Mussavian zu erreichen. Bemerkenswert war die Stellungnahme der konservativen Tageszeitung Djomhuri Eslami, die als Sprachrohr des Revolutionsführers gilt. Die Zeitung übte scharfe Kritik an Ahmadinedschad und forderte die Justiz auf, sich mit den „Denunziationen“, die der Regierungschef gegen Politiker und Staatsdiener gestartet habe, zu befassen.

Der Schuss von Ahmadinedschad schien nach hinten loszugehen. Da eilte Geheimdienstchef Gholamhossein Mohseni-Ejei dem Regierungschef zu Hilfe und behauptete schlichtweg, Mussavian habe interne Informationen an andere Länder, vor allem an Großbritannien, weitergegeben. Das dem Informationsministerium vorliegende Beweismaterial ließe keinen Zweifel daran, dass Mussavian Staatsgeheimnisse an die britische Botschaft weitergeleitet habe. Er halte ihn eindeutig für schuldig, entscheiden müsse dies aber die Justiz. Es sei bisher mehrmals versucht worden, auf die Entscheidung des Richters Einfluss zu nehmen und ihn zum Freispruch zu zwingen. „Das sollten sie unterlassen, denn aus der Sicht des Informationsministeriums ist Mussavian ein Verbrecher“, sagte Mohseni-Ejei.

Trotz dieser schweren Geschütze, die die Regierung aufführte, gab der Sprecher der Justiz, Aliresa Djamschidi, am 27. November bekannt, dass Mussavian vom Vorwurf der Spionage freigesprochen worden sei. Einzig der Vor-

wurf, „Propaganda gegen die Staatsordnung“ sei bestätigt worden.

Eine Stunde später konterte Regierungssprecher Gholam-Hassan Elham, der Prozess gegen Mussavian müsse öffentlich geführt werden, nur so werde man der Wahrheit gerecht. Gleichzeitig wurde eine Demonstration der Basidji-Milizen organisiert, bei der die Teilnehmer, die sich angeblich spontan vor dem Justizgebäude versammelt hatten, ihren Unmut gegen die Justiz freien Lauf ließen. Einer der Teilnehmer drohte: das Volk werde nicht dulden, dass Agenten freigesprochen werden. Wenn die Justiz zu gerechten Urteilen nicht fähig sei, „werden wir selbst zu den Schuldigen gehen und sie aus ihren Häusern herauszerren.“

Auch der Staatspräsident persönlich meldete Protest an. „Die Justiz sollte dem Informationsministerium gestatten, die aufgezeichneten Gespräche, die Mussavian mit fremden Quellen geführt habe, zu veröffentlichen. Nur so werde die Öffentlichkeit die ganze Wahrheit erfahren.“

Bei der bislang letzten Szene in diesem absurden Theater trat der berühmt berüchtigte Oberstaatsanwalt Said Mortasawi auf die Bühne. Mortasawi, der zunächst als Richter tätig war, wurde landesweit durch seine rigorosen Urteile gegen Dissidenten und durch das Verbot von fast einhundert Zeitungen und Zeitschriften bekannt. Er soll auch an Folterungen direkt beteiligt gewesen sein, die zum Tod der iranisch-kanadischen Reporterin Zahra Kazemi geführt haben. Mortasawi erklärte kurzerhand den Freispruch Mussavians für null und nichtig. Die Justiz werde sich erneut mit dem Fall befassen, sagte er.

Dass es weder der Justiz noch der Regierung um die Wahrheitsfindung und Gerechtigkeit geht, bedarf nach den Erfahrungen der letzten 28 Jahre Islamischer Republik keiner Erläuterung. Es ist der Machtkampf, der im Lager der Islamisten tobt und mit immer härteren Bandagen ausgetragen wird.

„Krieg nein, Frieden und Menschenrechte ja“

Unter dem Motto: „Krieg nein, Frieden und Menschenrechte ja“ hat der „Verein zur Verteidigung der Menschenrechte“, deren Vorsitz Friedensnobelpreisträger-

rin Schirin Ebadi innehat, alle gesellschaftlichen Kräfte in Iran aufrufen, den drohenden Gefahren eines Krieges entgegenzuwirken. Die Aktion richtet sich gegen alle Kriegstreiber im Ausland und alle Kräfte im Innern, die einen Krieg willkommen heißen.

Vereinsprecherin Narges Mohammadi sagte in einem Interview mit der Internetzeitung Rooz: „Die zunehmende Gefahr eines Krieges hat viele politische, intellektuelle und zivilgesellschaftliche Kreise dazu bewogen, eine Initiative zu starten, die über die Gefahren aufklärt und für eine breite Bewegung für Frieden mobilisiert.“ Zu diesem Zweck sei zunächst ein Komitee gebildet worden, das zu verschiedenen engagierten Kreisen Kontakt aufnimmt. Die Bewegung richte sich nicht nur gegen die Neokonservativen in den USA, die gegen Iran einen Krieg planen, sondern auch gegen alle radikalen Kräfte in Iran, die einen Krieg entweder provozieren oder ihn sogar willkommen heißen, sagte Mohammadi.

Ähnliche Initiativen haben Iraner im Ausland gestartet. In Deutschland ist für den 8. Dezember ein Vorbereitungstreffen in Köln geplant. Nach Angaben der Initiatoren soll dabei über eine gemeinsame Kampagne im deutschsprachigen Raum gegen einen drohenden Iran-Krieg beraten werden. Infos zum Treffen sind zu finden unter:

<http://www.campaigniran.org/casmii/index.php?q=node/3300>

Die Webseite ist zu finden unter:

<http://www.campaigniran.org/casmii/?q=de>

Gefolgsmann des Präsidenten als neuer Ölminister bestätigt

Das iranische Parlament hat am 14. November den bisherigen Chef der staatlichen Ölgesellschaft, Gholam-Hossein Nosari, als neuen Ölminister bestätigt. Nosari gilt als Gefolgsmann von Präsident Ahmadinedschad. Er hatte das Ministerium bereits seit August kommissarisch geleitet, nachdem sein Amtsvorgänger Kasem Wasiri-Hamaneh wegen Differenzen mit dem Präsidenten zurückgetreten war. Das Ölministerium gilt als Schlüsselressort, da der größte Teil des Etats aus Öleinnahmen stammt.

Als Industrieminister bestätigte das Parlament in Teheran den ebenfalls bereits amtierenden Minister Ali Akbar

Mehrabian. Seit Ahmadinedschads Amtsantritt im August 2005 wurden bereits sieben Minister im Kabinett ausgewechselt. Grund waren nach Auffassung von Beobachtern meist Differenzen zwischen den als Fachleuten geltenden Ministern und dem Präsidenten, der sich die wichtigsten Entscheidungen vorbehält. Sein Kommentar zu den neuen Ministern: „Schließlich ist es Sache des Trainers, Umbesetzungen vorzunehmen und die Mannschaft den gegebenen Umständen anzupassen.“

Das Gerücht, Mehrabian - nun der jüngste Minister im Kabinett - sei ein Verwandter von Ahmadinedschad, dementierte der Präsident. „Als ich an der Hochschule als Lehrer tätig war, lernte ich Mehrabian als einen begabten, fleißigen, sensiblen Studenten kennen, der nach den Idealen der Basidjis (Milizen-Organisation) arbeitete.“ Seine Wahl sei „eine Ehre für das iranische Volk“. Er werde eine grundsätzliche Umwandlung der iranischen Industrie in Gang setzen. Im Übrigen hätten beide Minister „dieselbe Blutgruppe wie die Abgeordneten im Parlament“. Deshalb werde es in Zukunft zwischen ihnen und dem Parlament weitgehende Übereinstimmung geben.

Ahmadinedschad will Entlassungen in Provinzregierungen anordnen

Präsident Mahmud Ahmadinedschad treibt mit Blick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen Umstrukturierungen in den Provinzen des Landes voran. Er werde demnächst die Provinzgouverneure in vertraulichen Schreiben darauf hinweisen, welche Mitarbeiter in der Provinzregierung für ihre Arbeit gelobt und welche getadelt werden sollten, zitierte die iranische Tageszeitung Keyhan am 30. Oktober den Regierungschef. „Es werden aber auch die Namen derjenigen aufgeführt, die gleichgültig sind. Sobald die Gouverneure diesen Brief erhalten, müssen sie diese Mitarbeiter entlassen“, kündigte Ahmadinedschad demnach an.

Im Vorfeld seiner Wahl im August 2005 hatte Ahmadinedschad die Verbesserung der Lage in den Provinzen und den Ausbau der regionalen Infrastruktur versprochen. Nachdem er bereits alle Provinzen bereist hatte, kündigten seine Berater erneut Provinz-Besuche des Präsidenten an. Iranische Wirtschaftsexperten werfen Ahmadinedschad vor, mit dem Transfer von unerwarteten

Mehreinnahmen (Grund sind die Rekord-Ölpreise) in die Provinz die Inflation zu verstärken. Die Regierung betont jedoch, dass auch die einfachen Menschen von den Öleinnahmen profitieren sollten und dass die Inflation unter Kontrolle sei.

Die häufigen Reisen Ahmadinedschads - nicht nur in die Provinz, sondern auch ins Ausland - stellen eine enorme Belastung für die Staatskasse dar. Zudem haben sich bislang keineswegs die Lebensverhältnisse auf dem Land gebessert. Der eigentliche Grund für die häufigen Reisen ist nicht wirtschaftlich, sondern politisch. Da Ahmadinedschad und die Radikalislamisten in den Städten immer mehr ihre Basis verlieren, möchten sie wenigstens dort, wo politisch weniger aufgeklärte Menschen leben, diese für sich gewinnen, zumal der Ausgang der bevorstehenden Parlamentswahlen im kommenden März auch für das Schicksal des amtierenden Präsidenten entscheidend sein wird.

Genau in diesem Zusammenhang ist auch die vom Präsidenten angeordnete Maßnahme zu verstehen, den Medien jede Anprangerung der wirtschaftlichen Probleme zu untersagen. „Die Vereinigten Staaten denken, Iran durch Sanktionen zur Aufgabe seines Atomprogramms zwingen zu können. Sie propagieren durch ihre Handlanger im Inland, dass unsere wirtschaftlichen Probleme zunehmen“, sagte Ahmadinedschad laut IRNA. Diese Propaganda würden bald vollständig unterbunden werden.

Studentenproteste an sechs Universitäten

Studenten haben Mitte November an mindestens sechs Universitäten gegen die harsche Behandlung kritischer Kommilitonen protestiert. Unter anderem fanden Protestaktionen in Teheran und Isfahan statt, berichtete die reformierte Tageszeitung „Etemad“ am 15. November. Der Zeitung zufolge waren beispielsweise hundert Studenten der Mathematischen Fakultät der Universität Amir Kabir in Teheran samt ihren Professoren in den Streik getreten, um damit die Unterstützung der Hochschulverwaltung für die Studentin Masumeh Manusuri zu erzwingen. Diese werde von den Behörden festgehalten, bereits seit knapp drei Wochen sei jeder Versuch gescheitert, Neuigkeiten über sie in Erfahrung zu bringen.

An der Universität Schahrud hätten die Studenten gegen Repressalien an zwei Kommilitonen protestiert, berichtete Etemad. Unter anderem sei der Studentin Farchondeh Bachtari-Zadeh die Benutzung des Schlafsaals, der Kantine und der Waschräume verboten worden.

Frauenrechtlerinnen im Gefängnis

„Es ist nicht das erste Mal, dass ich das Evin-Gefängnis von Innen erlebe. Das erste Mal war ich als Reporterin hier. Als ich, begleitet vom Gefängnisdirektor die Zellen besichtigen durfte, äußerten sich die inhaftierten Frauen zufrieden mit ihrer Lage. Doch beim Verlassen des Gefängnisses steckte mir eine Frau heimlich einen Zettel in die Tasche. ‚Rettet uns, wir sind hilflos dem Gefängnispersonal ausgeliefert.‘ Dieses Mal sitze ich selbst als Gefangene hier und teile eine Zelle mit dreißig Frauen, die alle Opfer des Mangels an Gleichberechtigung sind.“

Diese Zeilen stammen von der Journalistin und Frauenaktivistin Maryam Hosseinkhah. Sie wird beschuldigt, Aufruhr gestiftet und Unwahrheiten verbreitet zu haben. Seit über einem Monat sitzt sie in Untersuchungshaft. Proteste gegen ihre Festnahme zwangen die Justiz, nachzugeben und ihrer Freilassung bis zum Gerichtsurteil zuzustimmen. Dafür fordert sie jedoch eine Kaution von 100 Millionen Tuman (umgerechnet etwa 100.000 Euro), eine für iranische Verhältnisse ungeheuer hohe Summe, die für Maryam, ihre Familie und Freunde unbezahlbar ist. Deshalb sitzt sie immer noch in Haft.

Maryam ist eine unter den zahlreichen Frauenaktivistinnen, die an einer großangelegten Kampagne für Gleichberechtigung beteiligt sind. Sie gehen von Haus zu Haus, sprechen auf den Straßen die Passanten an, gehen zu Redaktionen, Ämtern und Fabriken. Ihr Ziel ist, eine Million Unterschriften zu sammeln. Die Aktion hatte vor fast zwei Jahren in Teheran begonnen und hat sich inzwischen im ganzen Land verbreitet.

Im Juni 2006 kam es zu einer Kundgebung vor dem Justizministerium in Teheran, an der etwa hundert Frauen teilnahmen. Ordnungskräfte und Revolutionswächter griffen gewaltsam ein, verletzten zahlreiche Frauen und nahmen einige Kundgebungsteilnehmer vorü-

bergehend fest, darunter auch Maryam Hosseinkhah. Einige der damals Festgenommenen sind inzwischen zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Delaram Ali zum Beispiel erhielt zwei Jahre und vier Monate. Ihre Anwältin, Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi, hat gegen das Urteil protestiert, unter anderem, weil sie zur Gerichtsverhandlung nicht geladen und nicht einmal von dem Urteil in Kenntnis gesetzt worden war.

Seit der Machtübernahme von Präsident Mahmud Ahmadinedschad nehmen Repressionen im Iran ständig zu, nicht nur gegen Kritiker und Andersdenkende, sondern auch gegen ethnische und religiöse Minderheiten oder zum Beispiel gegen Lehrer, die höhere Tarife oder Busfahrer, die eine eigene Gewerkschaft verlangen. Doch es scheint, dass das Regime auf die Aktionen der Frauen besonders empfindlich reagiert. Denn die Forderungen der Frauen nach gleichem Scheidungsrecht, Sorgerecht, Erbrecht und dergleichen mehr treffen die Substanz des islamischen Gottesstaates. Zudem lassen sich Millionen Frauen für diese Forderungen mobilisieren. Das harte Vorgehen gegen Frauenrechtlerinnen dient offenbar zur Einschüchterung. Dafür ist es jedoch längst zu spät. Denn Frauen bilden seit Jahren schon das Rückgrad der iranischen Zivilgesellschaft. Ihrem mutigen Einsatz ist es in erster Linie zu verdanken, dass die Radikalisalisten trotz brutaler Gewalt ihre Basis im Volk immer mehr verlieren und ihre Ziele in der breiten Bevölkerung niemals durchsetzen konnten.

UNO über Menschenrechtsverletzungen in Iran „tief besorgt“

Der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen hat sich „tief besorgt“ über die Menschenrechtsverletzungen in Iran gezeigt. Die Erklärung wurde am 21. November mit 72 gegen 50 Stimmen angenommen, Vertreter von 55 Ländern enthielten sich. Ein Antrag Irans, über den Text nicht zu beraten, war zuvor mit knapper Mehrheit abgelehnt worden.

In der Erklärung heißt es, in Iran gebe es „Folter“ und „herabwürdigende“ Strafen wie das Auspeitschen und Amputieren von Körperteilen. Eingebracht wurde die Erklärung unter anderem von den USA, europäischen Staaten, von Kanada und Israel. Beklagt wird auch die

zunehmende „Diskriminierung“ von ethnischen, religiösen und anderen Minderheiten.

Kurdische Rebellen im Grenzgebiet zum Irak getötet

Iranische Sicherheitskräfte haben einem Medienbericht zufolge drei kurdische Rebellen im Grenzgebiet zum Irak getötet. Die Aufständischen seien Mitglieder einer Splittergruppe der türkischen Kurdenbewegung PKK, berichtete die Regierungszeitung „Iran“ am 8. November unter Berufung auf informierte Kreise. Die iranische Gruppe PJKA werde direkt von westlichen Ländern unterstützt, darunter von den USA und Deutschland. Von offizieller Seite gab es zunächst keine Bestätigung für den Bericht. Es blieb auch unklar, wann sich der Zwischenfall ereignet hatte.

In der Region hat sich der Kurdenkonflikt zuletzt massiv verschärft: Nach Angriffen von PKK-Kämpfern auf die türkische Armee hat die Regierung in Ankara 100.000 Soldaten an der Grenze zum Irak aufmarschieren lassen.

Todesurteil für kurdischen Journalisten bestätigt

Der Oberste Gerichtshof Irans hat am 9. November das Todesurteil für einen kurdischen Journalisten bestätigt. Die Todesstrafe für Adnan Hassanpur wegen Spionage sei bestätigt worden, zitierte die Nachrichtenagentur ISNA seinen Anwalt. Hassanpur sei schuldig befunden worden, Informationen über Militäranlagen verbreitet und mit einem Vertreter des US-Außenministeriums in Kontakt gestanden zu haben. Dies habe aus ihm nach Auffassung des Gerichts einen „Feind Gottes“ gemacht, was die Todesstrafe bedeutet. Er habe diese juristische Auslegung angefochten und werde dies auch weiter tun, betonte der Verteidiger.

Unterdessen wurde das gegen den kurdischen Journalisten Hiva Botimar verhängte Todesurteil aufgehoben. Die Verurteilung der beiden Männer am 16. Juli hatte heftige Proteste des Westens hervorgerufen, besonders von Menschenrechts- und Journalistenorganisationen. Nach Angaben der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ hatten die beiden Kurden für das 2005 verbotene Magazin „Aso“ gearbeitet. Hassanpur

habe sich mit dem hochsensiblen Thema der Kurden in Iran befasst.

180 Festnahmen bei Ausschreitungen im Westen Irans

180 Anhänger einer muslimischen Religionsgemeinschaft wurden am 11. November nach Ausschreitungen festgenommen. Dies berichtete die halbamtliche Nachrichtenagentur Fars. Details zu den Geschehnissen in Borudjerd, etwa 480 Kilometer südwestlich von Teheran, wurden nicht genannt. Fars berichtete, die Sufis hätten eine Moschee angegriffen.

Nach Angaben des Bezirksgouverneurs, Mohammad Ali Tohidi, hätten Polizisten die Zentrale der Sufis gestürmt und damit die heftigen Zusammenstöße mit Schiiten beendet. Dabei seien etwa 80 Personen verletzt worden.

Nach Berichten von Lokaljournalisten haben die Zusammenstöße mit einem Angriff der Sufis auf eine Moschee begonnen. Zuvor hatten schiitische Geistliche ihre Gemeinde aufgerufen, die Zentrale der Sufis zu schließen, weil es sich um eine illegitime Vereinigung handele. Beide Seiten setzten auch Schusswaffen ein. Als die Polizei und paramilitärische Truppen eingriffen, wurden sie, nach Angaben des Gouverneurs, von den Sufis mit Steinen beworfen.

Dieser Darstellung widersprach Scharman Azmajesch in einem Interview mit der BBC. Die Frau des Sprechers des Derwisch-Ordens im Ausland, Mostafa Azmajesch, sagte, die Sufis seien in den letzten Tagen immer wieder provoziert und angegriffen worden, hätten sich jedoch zurückgehalten. Am 10. November hätten die Angriffe auf das Sufi-Zentrum ihren Höhepunkt erreicht. Erst dann hätten sich die Sufis zur Wehr gesetzt. Es habe 111 Verletzte gegeben, darunter 14 schwer. Dabei sei das Zentrum der Sufis vollständig zerstört worden.

Sufismus ist eine mystische Form des Islams. Die geistigen Spuren des Sufismus in der iranischen Literatur- und Geistesgeschichte sind unübersehbar. Daher genießen die Sufis in Iran ein hohes Ansehen. Doch seit der Machtübernahme der Islamisten, werden sie immer wieder Repressionen ausgesetzt. Dennoch wurden sie bislang toleriert, wenngleich religiöse Führer

des Landes wiederholt für ein Verbot der Glaubensgemeinschaft eingetreten sind. In der heiligen Stadt Ghom waren im vergangenen Jahr bei Ausschreitungen rund 1000 Sufis festgenommen worden. Zu den Krawallen war es gekommen, weil eine Moschee der Sufis geschlossen werden sollte.

II. Wirtschaft

Iran produziert atomares Granulat

Iran hat nach eigenen Angaben erstmals Uran-Oxid-Granulat hergestellt. Dieses werde als nuklearer Brennstoff für den im Bau befindlichen Schwerwasserreaktor dienen, erklärte Vizepräsident Gholam Resa Aghasadeh am 24. November laut einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur IRNA. Beobachtern zufolge handelt es sich dabei um einen großen technologischen Fortschritt. Der 40 Megawatt-Schwerreaktor soll in Arak südwestlich von Teheran entstehen.

Die iranische Regierung erklärte, sie arbeite noch daran, auch für Leichtwasserreaktoren - wie den mit russischer Hilfe gebauten Reaktor in Buschehr am Persischen Golf - einen Brennstoff in Granulat-Form zu entwickeln. Dieser müsste aus angereichertem Uran hergestellt werden, wie der iranische Nuklearwissenschaftler Rasul Sedighi Bonabadi der Nachrichtenagentur AP erklärte.

Teheran verkündet Bau neuer Mittelstreckenrakete

Inmitten des Streits um sein Atomprogramm hat Teheran den Bau einer neuen Mittelstreckenrakete verkündet. Die Aschura-Rakete habe eine Reichweite von 2000 Kilometern, wurde Verteidigungsminister Mostafa Mohammad Nadschar am 27. November von der Nachrichtenagentur Fars zitiert. Damit könne sie theoretisch US-Stützpunkte in der Region sowie das gut 1000 Kilometer entfernte israelische Gebiet erreichen. Nadschar erläuterte nicht, inwieweit sich die neue Rakete von der Schahab-3 unterscheidet, die eine ähnliche Distanz zurücklegen kann und bislang als die Waffe mit der längsten Reichweite im Arsenal der Islamischen Republik galt.

„Die islamische Republik Iran will keinen Staat angreifen, aber wenn unser Territorium angegriffen wird, werden wir den Angreifer mit Gewalt zerstören“, sagte Nadschar weiter. Die neue Rakete ist nach dem Aschura-Fest benannt, an dem Schiiten mit Trauerzügen an den Tod von Imam Hussein, einem Enkel des Propheten Mohammed, erinnern.

Ahmadinedschad: Öl zu billig

Fossile Brennstoffe wie Erdöl sind nach Ansicht des iranischen Präsidenten trotz des jüngsten Preisanstiegs immer noch zu billig. Der Preis dafür ist „niedriger als ihr wahrer Preis“, sagte Ahmadinedschad am 17. November der iranischen Nachrichtenagentur IRNA zufolge. Er äußerte sich vor seinem Abflug nach Bahrain und zum OPEC-Gipfel im saudi-arabischen Riad. Die OPEC stehe unter „starkem politischen und wirtschaftlichen Druck“, fügte Ahmadinedschad hinzu, ohne dies näher zu erläutern.

Die USA haben an die Organisation erdölproduzierender Staaten (OPEC) appelliert, die Förderung zu steigern, um den Ölpreis auf seinem Weg zur Marke von 100 Dollar je Barrel abzubremsen. Irans Ölminister Ghلامhossein Nosari hat jedoch bereits erklärt, auf den Märkten sei ausreichend Öl vorhanden. Auch durch eine Produktionsausweitung würden die Preise nicht sinken.

Dieser Äußerung zum Trotz erklärte der Minister am 24. November, Iran schließe eine Erhöhung seiner Ölförderung nicht aus, falls dies notwendig werden sollte. Einem solchen Schritt müsste allerdings die OPEC zustimmen, sagte der Minister vor Journalisten in Teheran.

„Einige OPEC-Mitglieder befürworten eine Erhöhung der Fördermenge, andere sind der Ansicht, dass das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage ausgewogen ist“, sagte Nosari weiter. Dieses Thema werde bei der nächsten OPEC-Konferenz am 5. Dezember erörtert. Seiner Meinung nach gäbe es derzeit genug Rohöl. Sollten Erhebungen aber zu dem Ergebnis kommen, dass mehr Öl gefördert werden müsste, sei sein Land zu einer Ausweitung der Kapazitäten in der Lage.

Der Preis für ein Barrel Rohöl bewegt sich an den internationalen Rohstoffbörsen auf die 100 Dollar zu. Eine Erhöhung der Fördermenge könnte den Preisdruck mindern.

Keine Erwähnung von Dollar-Schwäche in Erklärung von OPEC-Gipfel

Die OPEC hat die negativen Auswirkungen des schwachen Dollars auf die Einnahmen ihrer Mitglieder nicht in der

Abschlussklärung ihres Gipfels erwähnt. Dies hatte bereits zuvor OPEC-Generalsekretär Abdollah el Badri am 16. November in der saudischen Hauptstadt Riad mitgeteilt. Mit dieser Frage müsse sich jeder Mitgliedsstaat individuell auseinandersetzen, sagte er. Damit wies Badri eine entsprechende Forderung des iranischen Außenministers Manuchehr Mottaki zurück, die in einer vorbereitenden Debatte von Venezuela unterstützt worden war. Da der Ölpreis auf dem Weltmarkt in der US-Währung abgerechnet wird, verringern sich die Einnahmen der Öl-Exporteure bei einem niedrigen Dollarkurs.

Mottaki sagte nach der Debatte der Nachrichtenagentur AFP, es sei vereinbart worden, dass die OPEC-Finanzminister beim OPEC-Gipfel „das Problem prüfen werden“. Dabei sollten auch mögliche Maßnahmen erörtert werden, um die Auswirkungen des schwachen Dollars auf die Einnahmen der OPEC-Länder einzudämmen. Iran beschloss bereits seine Ölexporte nicht mehr in Dollar, sondern in anderen Devisen wie dem Euro abzurechnen.

Mottakis Forderung war an die Öffentlichkeit gedrungen, weil die Debatte versehentlich per Videoübertragung teilweise auch außerhalb des Sitzungssaals verfolgt werden konnte. Der saudische Außenminister Saud el Faisal hatte Mottaki entgegengehalten, dass eine Erwähnung des Dollarpreises in der Gipfel-Abschlussklärung zu einem weiteren Kurssturz führen könne und damit die Einnahmen der OPEC-Länder wiederum geschmälert würden.

Iran exportiert kein Öl mehr für Dollar

Iran hat sich nach offiziellen Angaben in seinem Ölgeschäft praktisch völlig vom Dollar gelöst. „Auf dem makroökonomischen Niveau werden jetzt fast alle iranischen Rohölexporte in anderen Währungen als Dollar bezahlt“, sagte der Direktor für internationale Angelegenheiten der staatlichen Ölgesellschaft NIOC, Hodjatollah Ghanimifard, am 19. November. Weniger als 20 Prozent der Exporte würden in japanischen Yen bezahlt und der Großteil in Euro abgerechnet.

Seit fast zwei Jahren habe der zweitgrößte Ölproduzent der OPEC die Bindung seines Ölexports an die US-Währung schrittweise aufgegeben, sagte

Ghanimifard der Nachrichtenagentur Reuters. „Dies ist eine ökonomische Entscheidung und sie hat sich als richtig erwiesen“, sagte er. Seitdem sei der Dollar immer schwächer geworden.

Beim OPEC-Gipfel bezeichnete Irans Präsident Ahmadinedschad die US-Währung als „wertloses Stück Papier“.

Russland vor Tupolew-Großauftrag aus Iran

Russland könnte offenbar schon bald Iran 30 Passagierflugzeuge vom Typ Tupolew im Wert von mehr als einer Milliarde Dollar liefern. Eine mit der Angelegenheit vertraute Person sagte der Nachrichtenagentur Reuters am 19. November, das Geschäft werde wohl Ende des Jahres abgeschlossen werden. Ein Sprecher des Unternehmens Iljuschin Finance, das die Flugzeuge verkauft, bestätigte, dass Verhandlungen über die Lieferung von Flugzeugen aufgenommen worden seien. Details wollte er jedoch nicht nennen.

Russland hat der Islamischen Republik bereits militärische Luftabwehrsysteme verkauft und baut im iranischen Buschehr ein Atomkraftwerk. Die USA und die EU wollen Russland und China jedoch in Sanktionsmaßnahmen gegen Iran einbinden, um das Land zum Stopp seiner Urananreicherung zu zwingen.

Iran und Pakistan über Vertrag für Gaspipeline einig

Vertreter Pakistans und Irans haben nach Angaben aus Teheran Verhandlungen über ein milliardenschweres Gasprojekt abgeschlossen. „Der Inhalt des Vertrags zur ‚Gaspipeline des Friedens‘ wurde fertig gestellt“, sagte der zuständige iranische Vizeminister für internationale Angelegenheiten (der auch Direktor der Ölgesellschaft NIOC ist) Hodjatollah Ghanimifard der Nachrichtenagentur Schana. Es müssen nur noch technische Einzelheiten geklärt werden, die innerhalb eines Monats erledigt sein sollten, um eine Unterzeichnung des Vertrags zu ermöglichen.

Bei dem Projekt im Umfang von 7,4 Milliarden Dollar geht es um eine Gasleitung von Iran nach Pakistan, die möglicherweise bis nach Indien weitergebaut werden soll. Über die Pipeline, die 2600 Kilometer lang werden soll,

wird seit 1994 verhandelt. Die Beratungen gerieten mehrfach durch Spannung zwischen Indien und Pakistan ins Stocken, erst eine Annäherung der beiden Staaten auf dem Subkontinent im Jahr 2004 ermöglichte neuerliche Fortschritte. Allerdings ist die Beteiligung Indiens derzeit ausgesetzt, weil Neu Delhi mit der von Iran geforderten periodischen Anpassung des Gaspreises nicht einverstanden ist. Pakistan hingegen einigte sich mit Teheran auf eine Neufestsetzung des Preises alle drei Jahre.

Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus den Gebühren, die Indien für die Pipeline an Pakistan zahlen soll. Außerdem setzt Washington die Regierung in Neu Delhi unter Druck, weil die USA Iran mit Wirtschaftssanktionen zur Aufgabe seines Atomprogramms zwingen wollen. Ghanimifard versicherte, die Tür für Indien bleibe offen. Das indische Ölministerium hatte Ende September mitgeteilt, Neu Delhi bleibe Teilnehmer an dem Projekt, nehme jedoch zunächst nicht an den Beratungen teil. Indien deckt 70 Prozent seines Energiebedarfs mit Lieferungen aus dem Ausland und ist stets auf der Suche nach neuen Ressourcen für seine schnell wachsende Wirtschaft.

Indien soll Raffinerie-Bau in Iran wegen US-Druck abgesagt haben

Ein indischer Konzern soll nach US-Angaben den Bau einer Raffinerie in Iran auf Druck aus den Vereinigten Staaten abgesagt haben. Die Essar Group habe die Pläne zum Bau der Anlage zur Verarbeitung von 300.000 Barrel Öl pro Tag sowie zur Ölförderung aufgegeben, erklärte der Gouverneur des US-Bundesstaates Minnesota, Tim Pawlenty, Anfang November. Er habe Essar zuvor darauf hingewiesen, dass es mit seinem Engagement in Iran gegen verschärfte US-Sanktionen verstoßen würde. Eine Weiterführung des Gemeinschaftsprojekts mit einer staatlichen iranischen Ölfirma würde Konsequenzen für ein Projekt der Inder in Minnesota haben.

USA warnen China vor Blockade neuer Sanktionen gegen Iran

Der US-Botschafter bei der UNO, Zalmay Khalizad, hat China vor einer Blockade neuer UN-Sanktionen gegen Iran gewarnt. Er glaube nicht, dass Peking für das Scheitern der Diplomatie im

Streit um das iranische Atomprogramm verantwortlich sein wolle, sagte Khalizad am 15. November in New York: „Es ist im Interesse aller, dass diese Frage von weltweiter Relevanz diplomatisch geklärt wird“, betonte er. Washington werde Peking um seine Unterstützung für eine dritte Runde von UN-Sanktionen gegen Iran ersuchen. Nur eine entscheidende Resolution „mit neuen und beißend scharfen Sanktionen würde der Diplomatie eine Erfolgschance geben“.

US-Sanktionen gegen Iran blockieren Weltbank-Zahlungen

Wegen der Blockade von iranischen Banken im Rahmen der US-Sanktionen gegen Iran hat die Weltbank Kreditzahlungen in Höhe von 5,5 Millionen Dollar nicht überweisen können. Wie ein führender Weltbank-Beamter, der namentlich nicht genannt werden wollte, am 8. November der AFP sagte, verzögerten sich die Zahlungen an vier von neun finanziell unterstützte Hilfsprojekte, die in Iran beispielsweise die Trinkwasseraufbereitung fördern sowie Hilfe für Erdbebenopfer leisten. Er bestätigte damit einen Bericht der New York Times.

Dem Beamten zufolge sollte die größte Bank in Irak, Bank Melli, die Zahlungen abwickeln. Die USA verdächtigen das Kreditinstitut jedoch, das iranische Atomprogramm zu unterstützen. Deshalb hatte sie Ende Oktober die Geschäfte mit der Bank eingestellt.

Deutschland schränkt Hermes-Bürgschaften für Exporte nach Iran drastisch ein

Die Bundesregierung wird wegen des Streits um das iranische Atomprogramm voraussichtlich kaum noch neue Kreditgarantien für Exporte in das Land übernehmen. Wie die Agentur Reuters am 26. November berichtete, sagte eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums in Berlin, aus Risikoerwägungen seien Hermes-Bürgschaften seit geraumer Zeit nur noch äußerst restriktiv gewährt worden: „Und dies wird sich fortsetzen.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich mehrfach für weitere Sanktionen gegen Iran ausgesprochen, falls das Land im Atomstreit nicht einlenkt. „Die Äußerungen der Bundeskanzlerin werden ihren Einfluss finden“, sagte die Sprecherin mit Blick auf die Hermes-Bürgschaften.



Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums summieren sich die Hermes-Bürgschaften für Iran-Geschäfte auf 5,5 Milliarden Euro. Im ersten Halbjahr 2007 waren nur noch neue Kredite über 387 Millionen Euro abgesichert worden. Das sind 14 Prozent weniger als im Vorjahr. 2005 betrug das Jahresvolumen noch 2,3 Milliarden Euro.

Sollten wegen neuer Wirtschaftssanktionen Geschäfte mit Iran platzen, drohen dem Bundeshaushalt wegen der Bürgschaften Ausfälle in Höhe von 700 bis 800 Millionen Euro. Dabei handele es sich aber um Szenarien und nicht um bereits eingetretene Schäden, sagte ein Sprecher des Finanzministeriums der Agentur Reuters. Die USA drängen seit Monaten darauf, dass auch europäische Staaten im Streit um das Atomprogramm den wirtschaftlichen Druck auf die Regierung in Teheran erhöhen. Das Thema stand auch bei einem Treffen von Merkel mit der Spitze des Industrieverbandes BDI auf der Tagesordnung.

Regierungssprecher Ulrich Wilhelm sagte, in der EU herrsche Übereinstimmung, dass der Druck auf Iran erhöht werden müsse, um eine diplomatische Lösung zu finden. Er wies Befürchtungen aus der Wirtschaft zurück, französische oder italienische Firmen könnten in die Lücke springen, die durch einen Rückzug deutscher Firmen aus dem Iran-Geschäft entstehen könnte. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy habe deutlich gemacht, dass sich auch die französische Wirtschaft an allen Maßnahmen beteiligen werde, die die EU und die Weltgemeinschaft auf den Weg brächten.

Spiegel: Iran-Boykott könnte Millionen Euro kosten

Ein Wirtschaftsboykott Irans könnte einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Spiegel“ den Bund Millionen Euro an Steuergeldern kosten. Wenn die Zusammenarbeit bei den Handelsbeziehungen weiter heruntergefahren würde, würden mit Hermes-Bürgschaften abgesicherte Kredite nicht zurückgezahlt werden und der Bund müsste einspringen, berichtete der Spiegel in seiner letzten Novemberausgabe. Sollte die iranische Bank Melli auf die Embargoliste kommen, drohten dem Bund mittelfristig über zwei Milliarden Euro Ausfälle, allein im Jahr 2008 bis zu 800 Millionen Euro, schrieb der Spiegel unter

Berufung auf Berechnungen des Finanzministeriums.

Ein Sprecher des Finanzministeriums erklärte der Agentur Reuters gegenüber zu dem Bericht: „Die Logik ist zutreffend.“ Auf Einzelheiten wollte er aber nicht eingehen.

Türkei plant mit Iran weitere Energieabkommen

Trotz des Drucks der USA will die Türkei weitere Wirtschaftsabkommen mit Iran abschließen. Dies betonte der türkische Energieminister Hilmi Güler am 20. November bei der Unterzeichnung eines milliardenschweren Vertrags über die Modernisierung bestehender Energienetze und den Neubau einer weiteren Stromleitung mit dem Nachbarland. Die Vereinbarung werde erfüllt und es werde unter anderem zur Lieferung von Erdgas weitere Abkommen geben, sagte er.

Iran droht ausländischen Konzernen mit Ausschluss

Iran hat allen ausländischen Stromkonzernen mit einem Ausschluss von allen Projekten gedroht. Wenn die ausländischen Unternehmen ihre übernommenen Aufgaben nicht erfüllen, würden sie durch iranische Firmen ersetzt, sagte der amtierende Ölminister Gholamhossein Nosari am 4. November beim Abschluss eines Vertrages mit iranischen Firmen für eine Gas-Verflüssigungsanlage. „Dies ist eine Warnung an alle ausländischen Unternehmen“, betonte der Minister. „Wenn wir uns mit ihnen nicht einigen können, gehen wir weiter den Weg mit iranischen Firmen.“

III. Außenpolitik

El Baradei gibt im iranischen Atomstreit keine Entwarnung

Der Generaldirektor der Internationalen Atombehörde (IAEA), El Baradei, erklärte am 22. November in Wien, er könne im Konflikt um das iranische Atomprogramm keine Entwarnung geben. Der IAEA lägen nicht genug Informationen vor, um Teherans Atomprogramm einen rein zivilen Nutzen zu bescheinigen, sagte El Baradei zum Auftakt der Jahrestagung der 35 IAEA-Gouverneure in Wien.

Die IAEA sei nicht in der Lage mit Sicherheit „das Nichtvorhandensein nicht deklariertes nuklearer Materialien und Aktivitäten in Iran festzustellen“, sagte der IAEA-Generaldirektor. Mangels konkreter Informationen über mögliche „undeclared nukleare Materialien oder Bewaffnungsaktivitäten“ könne die IAEA keine Entwarnung geben.

El Baradei forderte Teheran auf, mehr Eigeninitiative bei der Weitergabe von Informationen zu zeigen, damit die IAEA „bis zum Jahresende“ alle größeren offenen Fragen klären könne. Als Beispiel für einen Bereich, der noch weitgehend im Dunkel liege, nannte er „Umfang und Natur“ des iranischen Urananreicherungsprogramms. Über mögliches nichtdeklariertes atomares Material oder Aktivitäten zum Bau von Atomwaffen in Iran lägen keine Hinweise vor. Außerdem bescheinigte der IAEA-Chef Teheran „ein erhöhtes Maß an Zusammenarbeit“ in den vergangenen zwei Monaten.

Teheran hatte in den vergangenen Monaten sein Programm zur Anreicherung von Uran im Atomzentrum Natans ungeachtet der UN-Sanktionen noch ausgebaut. In Natans wurden nach dem jüngsten Bericht der IAEA inzwischen knapp 3000 Gaszentrifugen installiert, die im Dauerbetrieb innerhalb eines Jahres genügend hochangereichertes Uran zum Bau von mindestens einer Atombombe herstellen könnten. Die Weltgemeinschaft fürchtet, dass Iran heimlich an der Entwicklung von Atombomben arbeitet. Teheran hat das stets bestritten.

Irans UN-Botschafter Ali Asghar Soltanieh wies El Baradeis Kritik zurück. Die IAEA habe alle notwendigen Informationen sowie die Erlaubnis erhalten, alle iranische Atomanlagen zu besuchen, sagte der Botschafter. Zugleich

warnte er davor, „diesen konstruktiven Ansatz“ durch neue UN-Sanktionen gegen Iran zu gefährden.

Die USA warfen Iran vor, die „Welt durch die fortgesetzte Entwicklung von spaltbarem Material“ zu täuschen. Demgegenüber begrüßten die Gruppe der „Blockfreien Staaten“ und Südafrika die Kooperationsbereitschaft Irans, forderten aber gleichzeitig die „volle Umsetzung“ der UN-Resolution. Sie äußerten die Ansicht, dass der Streit auf dem Verhandlungswege gelöst werden müsse.

Indes kündigte der iranische Chefunterhändler Said Dschalili in Teheran an, seine Regierung werde bei dem für den 30. November geplanten Treffen mit dem EU-Außenbeauftragten Javier Solana „neue Ideen“ präsentieren.

Zum Abschluss der Iran-Debatte des Gouverneurrats der IAEA am 24. November drohte Soltanieh, eine neue Iran-Resolution des Weltsicherheitsrats werde für die Zusammenarbeit Teherans mit der IAEA negative Folgen haben. „Jede neue Geste oder Resolution in den Vereinten Nationen würde unsere Zusammenarbeit negativ beeinflussen“, sagte er. Nach Aussagen des Diplomaten hat Teheran keinerlei Absicht, die Forderung des UN-Sicherheitsrats nach einem Stopp seiner umstrittenen Urananreicherung zu erfüllen. Die Entscheidung der Atombehörde von 2006, den Atomstreit an den Sicherheitsrat weiterzuleiten, sei „illegal“ gewesen. Dennoch wolle Teheran die Verhandlungen mit dem EU-Außenbeauftragten Solana parallel zur Kooperation mit der IAEA fortsetzen. Kenntnis von einem neuen Vorschlag der iranischen Regierung zur Beilegung des Atomstreits „habe ich nicht“, sagte Soltanieh.

Indes verlautete aus Teheran, Iran wolle die von der IAEA geforderten zusätzlichen Inspektionen von Atomanlagen nicht zulassen. Dies sagte Atomprogramm-Chef Gholamreza Aghazadeh nach Angaben der Nachrichtenagentur ISNA. Es könne zu einem späteren Zeitpunkt über zusätzliche Kontrollen gesprochen werden. „Aber mit Sicherheit nicht heute“, betonte Aghazadeh.

Europäer werfen Iran Mangel an Kooperation vor

Vertreter der EU haben im Atomkonflikt mit Iran schärfere Sanktionen gegen das Land gefordert. Iran habe zu wenig getan, um internationales Vertrauen zurückzugewinnen, erklärten die drei EU-Vertreter Deutschland, Großbritannien und Frankreich (EU-3) am 22. November. Sie nahmen zu dem Bericht des IAEA-Chefs El Baradei Stellung und erklärten, die Aufforderung an Iran zu mehr Kooperation mit der Atombehörde reiche ihnen nicht aus. „Die Idee, einfach abzuwarten, ist keine Option.“ Das Ignorieren der UN-Resolution und die Fortsetzung der Urananreicherung durch Teheran sei für die EU „inakzeptabel“. Zwar erkenne man an, dass Iran Schritte in die richtige Richtung gemacht habe. Die EU-3 sei aber enttäuscht, dass die Kooperation nicht aktiv und nur auf Teile beschränkt sei. Alles in allem seien die Ergebnisse nicht „ermutigend“. „Daher müssen wir im UN-Sicherheitsrat die Schlüsse daraus ziehen“, erklärten die drei EU Länder.

Berlin bezeichnet IAEA-Bericht als nicht ermutigend

Mit Zurückhaltung hat das Auswärtige Amt (AA) auf den jüngsten Bericht der Internationalen Atombehörde (IAEA) über das umstrittene iranische Atomprogramm reagiert. Der Bericht von IAEA-Chef Mohammad El Baradei sei „insgesamt nicht ermutigend“, sagte der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Martin Jäger, am 16. November in Berlin. Irans Botschafter in Deutschland, Mohammad Mehdi Achundsadeh, sprach dagegen von „großen Fortschritten“ und einem Sieg der Vernunft und Geduld über „Kriegstreiberei und Abenteuerlust“. Der Diplomat verwies zugleich auf große wirtschaftliche Möglichkeiten Deutschlands in Iran und unterstrich die „traditionell sehr guten und bewährten Beziehungen“ zwischen den beiden Ländern. Diese dürften nicht beeinträchtigt werden, nur weil ein drittes Land dies wolle, sagte er mit Blick auf die USA. Deutschland sei trotz Einbußen im Warenaustausch wichtigster Handelspartner Irans. 80 Prozent der iranischen Wirtschaft seien staatlich und nur 20 Prozent in privaten Händen. Diese Proportionen sollen entscheidend verändert werden. „Es stehen jetzt Tür und Tor offen für Investoren, die auf eine solche Gelegen-

heit gewartet haben“, sagte Achundsadeh.

Jäger sagte, Teheran müsse beweisen, dass sein Programm ausschließlich friedlichen Zwecken dienen solle. Demgegenüber betonte Achundsadeh, Massenvernichtungswaffen hätten keinen Platz in der militärischen Doktrin Irans. Zudem habe der Revolutionsführer stets betont, dass derartige Waffen aus religiöser Sicht verboten seien.

Der Unions-Außenpolitiker Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) sprach von „Augenwischerei“. Der Bericht zeige, dass Iran die zentralen Forderungen der beiden UN-Resolutionen nach wie vor ignoriere und seine Urananreicherung nicht aussetze. „Iran verfolgt seine nuklearen Ambitionen weiterhin ungebremst.“ Deshalb müsse die „E3 plus 3“-Gruppe umgehend Verhandlungen über eine dritte Resolution des Sicherheitsrates aufnehmen.

Teherans taktische Winkelzüge

Einen Tag lang glaubte die Welt, für den iranischen Atomkonflikt sei eine Lösung gefunden worden. Überraschend griff Irans Präsident Ahmadinedschad am Rande des OPEC-Gipfels in einem Interview mit der Wirtschaftsnachrichtenagentur Dow Jones Newswires einen Vorschlag des arabischen Golfkooperationsrats (GCC) auf, Uran für friedliche Zwecke für die gesamte Region in einem neutralen Land, etwa der Schweiz, anreichern zu lassen. Am gleichen Tag hatte die schweizerische Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey die Bereitschaft Berns erklärt, direkte Gespräche zwischen den USA und Iran zu vermitteln. In einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung begründete die Präsidentin ihr Engagement damit, dass es den großen Mächten bisher nicht gelungen sei zu verhindern, dass Iran Uran anreichere. Die Schweiz habe als neutrales Land ohne versteckte außenpolitische Agenda Möglichkeiten, die andere nicht hätten, sagte Calmy-Rey. „Aber man kann sich fragen, ob Iran sein Programm unter Zwang ändern wird oder ob der Weg des Zwangs möglicherweise in die Sackgasse führt.“

Ahmadinedschad sagte am Rande der OPEC-Konferenz, Teheran werde mit seinen arabischen Freunden über den GCC-Vorschlag sprechen. Der Golfkooperationsrat hatte vorgeschlagen, ein multinationales Konsortium zu schaffen, das

iranischen Kraftwerken und anderen Staaten im Mittleren Osten, die Atomenergieprogramme auflegen wollten, angereichertes Uran liefern könnte. Der saudiarabische Außenminister Prinz Saud al Faisal war mit den Worten zitiert worden, der Atombrennstoff sollte in einem neutralen Land produziert werden, „zum Beispiel der Schweiz“.

Doch mit der Ankunft in Teheran änderte sich die Position Ahmadinedschads. Sein Land werde im Konflikt mit dem Westen nicht den „geringsten Kompromiss“ eingehen, sagte er in einer vom Fernsehen direkt übertragenen Rede am 21. November in Ardebil im Nordwesten Irans. „Iran bewegt sich Schritt für Schritt auf den Gipfel des technologischen Erfolgs zu und keine Macht der Welt kann uns stoppen.“

„Wir haben die Atomtechnologie bereits“, fügte der Präsident hinzu. „Die Internationale Atombehörde überwacht unsere Programme, und wir sind zu fairen Verhandlungen mit dem Westen über unsere Projekte bereit.“ Er rief den Westen auf, seine Politik zu ändern.

Mit Blick auf einen möglichen Militärschlag sagte Ahmadinedschad: „Die USA sollten wissen, dass ihnen (in diesem Fall) ein geeintes und unschlagbares Volk gegenübersteht.“

Ahmadinedschad: militärischer Angriff ausgeschlossen

Bereits während seiner Teilnahme am OPEC-Gipfel hatte Ahmadinedschad in einem Interview mit dem Fernsehsender Al Arabia die Möglichkeit eines militärischen Angriffs auf Iran ausgeschlossen. Kriegsdrohungen bezeichnete er als „psychologische Propaganda“. „Je mehr Zeit vergeht, desto mehr verliert auch diese Propaganda ihre Wirkung“, fuhr Ahmadinedschad fort. Auf die Frage, ob ein US-Luftangriff auf sensible Ziele Irans Entwicklung nicht um Jahrzehnte zurückbomben würde, meinte der Präsident, ein Krieg werde sich nicht auf Luftangriffe beschränken lassen. „Ein so großes Land wie Iran lässt sich nicht durch gezielte Luftangriffe in die Knie zwingen. Iran ist groß und die USA sind leicht verletzlich. Die US-Streitkräfte sind verbraucht und zu einem neuen Angriff nicht fähig.“ Ein Krieg lasse sich nicht allein am Himmel führen. Sollte er mit einem Luftangriff beginnen,

werde seine Fortsetzung nicht von den USA bestimmt. „Über die Fortsetzung und das Ende des Krieges bestimmt Iran.“

Auf die Frage, ob Iran im Falle eines US-Angriffs die US-Stützpunkte in den Golfstaaten militärisch attackieren würde, antwortete Ahmadinedschad: „Sie werden doch von mir nicht verlangen, dass ich hier die Verteidigungspläne Irans offen lege. Wir haben zu den Golfstaaten freundschaftliche Beziehungen, das sind unsere Bruderstaaten, es ist Sache der USA, herauszufinden, wie wir im Falle eines Angriffs reagieren würden. Es wäre besser, wenn Sie Herrn Bush fragen würden, was im Falle eines solchen Fehlers geschehen würde.“

Chávez stellt sich im Atomkonflikt hinter Iran

Der venezolanische Staatschef Hugo Chávez forderte „Achtung“ vor Iran und dessen Atomprogramm. Sein Land stehe hinter der Islamischen Republik, sagte Chávez in einem Gespräch mit dem französischen Nachrichtensender France 24. Er glaube nicht, dass Iran an Atomwaffen arbeite. „Iran entwickelt seine Atomkraft zu friedlichen Zwecken, da bin ich mir sicher.“ Im Übrigen werde auch Venezuela anfangen, „zu friedlichen Zwecken“ ein Atomprogramm zu entwickeln, genau „wie es Brasilien und Argentinien tun“.

Sarkozy erhielt scharfen Brief von Ahmadinedschad

Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat seinem Kollegen Nicolas Sarkozy in einem scharfen Brief als „jung und unerfahren“ bezeichnet und indirekte Drohungen ausgesprochen, wie die Zeitung Le Monde in ihrer Ausgabe vom 16. November berichtete. Sarkozys Sprecher David Martinon bestätigte, dass der Brief eingetroffen sei, nannte jedoch keine Einzelheiten.

Laut Le Monde schrieb Ahmadinedschad an Sarkozy, die französischen Bemühungen um schärfere EU-Sanktionen gegen Iran seien zum Scheitern verurteilt, weil Deutschland und Italien nicht mitmachen wollten.

Sarkozy hat im Konflikt um das iranische Atomprogramm eine harte Haltung eingenommen, im Juli warnte er vor der

Alternative: „Entweder die iranische Atombombe, oder Bomben auf Iran.“ Außenminister Bernard Kouchner sagte, die Welt müsse sich auf einen „Krieg“ vorbereiten, wollte dies später jedoch nicht als Drohung gegen Teheran verstanden wissen.

Laut Le Monde verwies Ahmadinedschad in seinem Schreiben auf die „historischen Beziehungen“ und gemeinsamen Interessen beider Länder, insbesondere mit Blick auf Libanon. Es wäre schade, diese Beziehungen zunichte zu machen.

Teheran fordert Entschuldigung von den USA

Teheran hat am 16. November von den USA eine Entschuldigung für den Vorwurf, Iran strebe nach der Atombombe, gefordert. Dabei berief sich Präsident Ahmadinedschad auf einen Bericht der Internationalen Atombehörde (IAEA) vom Vortag. (s. Seite 13). „Die Zeit ist gekommen, dass die USA ihre Haltung korrigieren“, sagte Ahmadinedschad im Staatsfernsehen. „Die ganze Welt hat gesehen, dass die Anschuldigungen nicht wahr sind.“

USA stimmen Gesprächen mit Iran zu

Die USA und Iran wollen erneut über die Sicherheitslage im Irak direkte Gespräche führen. Washington habe einer entsprechenden Einladung der irakischen Regierung zugestimmt, teilte Außenamtssprecher Sean MacCormack am 20. November mit. Wann der US-Botschafter in Bagdad, Ryan Crocker, mit seinem iranischen Kollegen zusammentreffen soll, stand zunächst nicht fest. Beide Seiten haben bereits zweimal Gespräche zum Thema Irak geführt, die aber ohne Ergebnis zu Ende gingen. Die US-Regierung wirft Teheran vor, schiitische Aufständische mit Waffen auszurüsten, Iran wies dies zurück. Die iranische Nachrichtenagentur IRNA berichtete, Teheran habe bereits der geplanten dritten Gesprächsrunde zugestimmt. Das Treffen solle in naher Zukunft stattfinden, wurde Außenminister Manuchehr Mottaki zitiert.

Positive Äußerungen der US-Militärs im Irak zu der Rolle Irans

US-General James Dobik, verantwortlich für die Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte, sagte einem Bericht der

BBC zufolge am 22. November in Bagdad, Iran halte sich an sein Versprechen, die Lieferung von Waffen an radikale Organisationen zu unterbinden. Einschränkung bezog Dobik seine lobende Anerkennung auf die Gegenwart und fügte hinzu, man müsse sehen, ob Iran auch in Zukunft seine Bemühungen fortsetzen werde.

Mit der relativen Besserung der Sicherheitslage im Irak in den letzten Wochen sind in den Stellungnahmen der US-Militärs über iranische Aktivitäten im Irak mildere Töne zu vernehmen. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Verluste der US-Streitkräfte im Irak im Oktober wesentlich geringer waren, als in den Monaten davor. Im Oktober beklagten die USA 38 Tote, während im Juni über 100 Opfer gezählt wurden.

Anfang November erklärte US-Verteidigungsminister Robert Gates gegenüber der Presse, Iran habe der irakischen Regierung versichert, die Kontrollen seiner Grenzen zu verschärfen und Waffenschmuggel zu unterbinden. Zwei Tage danach nahm Irans Außenminister Manuchehr Mottaki an der Irak-Konferenz in Istanbul teil. Obwohl Mottaki bei dieser Konferenz keine Sondergespräche mit seiner amerikanischen Amtskollegin Condoleezza Rice führte, wurden drei Tage nach der Konferenz neun Iraner, die sich im Irak in US-Gefangenschaft befanden, freigelassen.

Die Freilassung der neun Iraner, die am 9. November erfolgte, wurde von den US-Militärs bekannt gegeben. Dieser Mitteilung zufolge wurden die Inhaftierten irakischen Sicherheitsbeamten übergeben und von ihnen in die iranische Botschaft in Bagdad gebracht. Die neun Personen würden nicht mehr als Sicherheitsbedrohung betrachtet. Unter den freigelassenen Männern waren fünf, die im Januar bei der Erstürmung eines iranischen Büros in der nordirakischen Stadt Erbil festgenommen worden waren. Teheran hatte erklärt, es handle sich um fünf Diplomaten, die an der Eröffnung eines Konsulats mitarbeiteten. Nach der Freilassung der Gefangenen wurde das Konsulat eröffnet.

Der nächste Schritt ist die geplante dritte Gesprächsrunde der Botschafter beider Länder, die demnächst stattfinden soll. Beobachter hoffen, dass die neue Atmosphäre dazu führen wird, dass diesmal, im Gegensatz zu den bishe-

gen Direktgesprächen, konkrete Ergebnisse erzielt werden.

Kurden und Sunniten im Irak kritisieren iranische „Einmischung“

Sowohl irakische Kurden als auch Sunniten haben Vorschläge Irans für die Verbesserung der Sicherheitslage im Irak kritisiert. „Die Frage der Zukunft von Kirkuk ist etwas, was die Iraker allein angeht, weshalb die Nachbarstaaten gut beraten sind, sich in dieser Angelegenheit nicht einzumischen“, zitierte die Zeitung „Al-Taakhi“, das Sprachrohr der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP), am 6. November den kurdischen Parlamentsabgeordneten Mahmud Othman. Der sunnitische Rat der Religionsgelehrten warf Iran ebenfalls Einmischung vor und erklärte: „Die iranische Präsenz im Irak ist unerwünscht.“

Der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki hatte zuvor bei der internationalen Irak-Konferenz in Istanbul vorgeschlagen, das Referendum über die Eingliederung der irakischen Stadt Kirkuk in das kurdische Autonomiegebiet um zwei Jahre zu verschieben. Außerdem hatte er vorgeschlagen, Iran, Syrien und andere arabische Staaten könnten die von der US-Armee angeführten Koalitionstruppen im Irak ablösen.

US-Militärchef schließt Angriff auf Iran nicht aus

Die USA halten sich weiter einen Militäreinsatz gegen Iran offen. „Ich würde die militärische Option niemals vom Tisch nehmen“, bekräftigte der neue US-Militärchef Michael Mullen am 20. November in Washington. Dies bedeute allerdings nicht, dass die Option tatsächlich genutzt werde. In den Bemühungen um eine Beilegung des Streits um das iranische Atomprogramm falle der Diplomatie eine „sehr wichtige“ Rolle zu, sagte Mullen. Für die USA seien dabei aber nicht nur die nuklearen Ambitionen Irans ein Grund zur Sorge, sondern auch dessen „Unterstützung für die Aufständischen im Irak“.

Admiral Mullen ist seit vergangenem Monat als Chef des vereinten Generalstabs der oberste US-Militär. Bereits wenige Tage nach seinem Amtsantritt hatte sich der Admiral ähnlich geäußert.

Irans Position zur Nahost-Konferenz

Im Vorfeld der Nahost-Konferenz in Annapolis hat Irans Revolutionsführer Ali Chamenei die USA und Israel scharf verurteilt. Der einzige Sinn dieser Konferenz sei der vergebliche Versuch Washingtons, die „permanenten Fehler des zionistischen Besatzerregimes zu vertuschen“, sagte Chamenei. Die Konferenz sei von vornherein zum Scheitern verurteilt, denn „der Widerstand der islamischen Welt“ werde die „unlauteren Absichten der USA“ vereiteln.

Teheran hatte in den letzten Tagen vor der Konferenz keinen Versuch unterlassen, um die Teilnahme der arabischen Staaten zu verhindern. Der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA zufolge hatte Präsident Mahmud Ahmadinedschad in einem Telefongespräch mit dem saudischen König Abdullah versucht, den Beschluss Saudi-Arabiens rückgängig zu machen. Man könne nicht mit Israel, das „seit sechzig Jahren das palästinensische Volk knechtet“ über Frieden verhandeln, sagte Ahmadinedschad laut IRNA. Er warnte vor „neuen Verschwörungen“, die Washington und Tel Aviv gegen das Volk Palästinas schmiedeten. „Es wäre höchst bedauerlich, wenn der Name Saudi-Arabiens in der Liste der Teilnehmer auftauchen würde“, sagte Ahmadinedschad. „Wir erkennen Israel nicht an, wir werden die Interessen Palästinas verteidigen“, soll der König erwidert haben.

Selbst das Bemühen Teherans, die Teilnahme Syriens, des engsten Verbündeten Irans unter den arabischen Staaten, zu verhindern, blieb erfolglos. Noch am Sonntag hatte IRNA berichtet, Ahmadinedschad und sein syrischer Kollege Baschir Assad seien sich einig, dass die Konferenz zum Scheitern verurteilt sei. Doch offenbar hat die Zustimmung Washingtons, auch über die Golan-Höhen zu reden, Assad zur Teilnahme bewogen.

Damit war der Iran unter den zahlreichen Akteuren im Nahost-Konflikt das einzige Land, das der Konferenz fernblieb. Genau das gehörte nach Meinung von Kommentatoren zu den Hauptzielen der Konferenz. In der Tat scheint es gelungen zu sein, die Islamische Republik unter den Staaten der gesamten Region zu isolieren. Man könnte sogar, wie manche Kommentatoren, die Konferenz als eine Frontbildung gegen den Iran betrachten, die dank der diplomatischen Aktivitäten der letzten Mona-

te, insbesondere der zahlreichen Reisen der US-Außenministerin Condoleezza Rice in den Nahen Osten zustande gekommen ist. Auch die zunehmende Frontbildung zwischen Sunniten und Schiiten wurde von den USA massiv unterstützt. Möglicherweise wäre Israel sogar bereit, für diese Frontbildung gewisse Zugeständnisse zu machen, zum Beispiel mit Syrien über die Rückgabe der Golan-Höhen zu verhandeln. Gelänge es das langjährige, enge Bündnis zwischen Iran und Syrien aufzulösen, wäre für die US-Strategie im Nahen und Mittleren Osten viel gewonnen.

Doch der Schuss könnte auch nach hinten losgehen. Denn sämtlichen Teilnehmern der Konferenz war von vornherein bewusst, dass die chronischen Konflikte zwischen Israel und Palästina sich nicht einmal im Ansatz an einem Tag lösen lassen. Dazu würde nicht einmal die restliche Amtszeit Präsident Bushs ausreichen. Genau darauf wird Teheran pochen. Schon am Konferenztag behaupteten nahezu sämtliche iranische Zeitungen, der Iran sei das einzige Land, das die Interessen Palästinas und die Rechte der Unterdrückten der islamischen Welt vertrete. Sie werfen den arabischen Staaten Verrat und Kollaboration mit Israel und den USA vor - ein Vorwurf, der sicherlich in der islamischen Welt auf fruchtbaren Boden fällt. So gesehen, hat die Konferenz eine willkommene Steilvorlage für Populisten wie Ahmadinedschad und seine radikalislamischen Verbündeten geliefert.

Ahmadinedschad und Chávez demonstrieren Einigkeit

Irans Präsident Ahmadinedschad und sein venezolanischer Kollege Hugo Chávez haben Einigkeit demonstriert und sich gegenseitig Unterstützung bei der Verteidigung ihrer nationalen Interessen zugesichert. „Wir laufen Seite an Seite bis zum Ende bei der Verteidigung der Rechte unserer Nationen und unserer Ideale“, sagte Ahmadinedschad laut staatlicher Nachrichtenagentur Irna nach dem eineinhalbstündigen Treffen am 19. November in Teheran. Gegen den Willen der USA würden sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern ausweiten, sagte der iranische Regierungschef.

Chávez bezeichnete Iran als sein „zweites Zuhause“ und erklärte, es seien „sehr gute Abkommen“ unterzeich-

net worden. Die Abkommen würden eine strategische Einheit zwischen beiden Ländern schaffen. So habe man sich unter anderem auf die Einrichtung einer gemeinsamen binationalen Bank und eines gemeinsamen Investitionsfonds für wirtschaftliche Kooperation geeinigt.

Es war bereits der vierte Besuch von Chávez in Iran seit Ahmadinedschads Amtsantritt 2005. Der iranische Präsident hat Venezuela dreimal besucht. Beide Länder eint neben ihrer Zugehörigkeit zu den Erdöl exportierenden Ländern (OPEC) die Abneigung gegenüber den USA.

Chávez sagte vor der Presse das Ende der Vorherrschaft des Dollars und damit auch der USA als Weltmacht voraus. Die US-Währung verliere an Wert, „und das Reich des Dollars bricht zusammen“, sagte Chávez. „Natürlich wird durch den Zusammenbruch des Dollar-Reichs auch Amerikas Reich zusammenbrechen.“